

Pakistans Wirtschaft ein Jahr nach dem Regierungswechsel

von Alfred B. Vestring

Aus den Wahlen im Februar 1997 ging der Führer der 'Muslim League', Nawaz Sharif, als strahlender Sieger hervor. Heute, nach einem Jahr Regierung, hat er noch mehr Macht, und ist dennoch ein angeschlagener Mann, dem viele nicht mehr zutrauen, das Land aus dem Schlamassel zu führen und eine nachhaltige Besserung einzuleiten. Es besteht der Eindruck, daß er ein ganzes Jahr in unnötigen innenpolitischen Kämpfen vertan hat. Die Stimmung jedenfalls ist auf einen Tiefpunkt gesunken, die Zeitungen sind überaus kritisch; für sie ist die Bilanz des ersten Jahres negativ.

Dabei verfügt Nawaz Sharif dank seiner zwei kleinen Koalitionspartner 'Awami National Party' (ANP) und 'Mutahida Qaumi Mahaz' (MQM) über eine beeindruckende Zweidrittelmehrheit im Parlament und als Präsidenten hat er den rechtschaffenen, aber kritisch eingestellten Farooq Leghari zum Rücktritt gezwungen und an seiner Stelle einen alten Freund der Familie ins Amt gebracht. Weiter mußte der ebenfalls kritische Chefrichter des Obersten Gerichtshofs, der Korruptionsprozesse gegen ihn durchführen wollte, gehen; die Armee gibt sich ungewohnt neutral und die Opposition ist diskreditiert und zersplittert. Angesichts einer solchen in der pakistanischen Geschichte nie dagewesenen Machtkonzentration - sieht man von den ersten Jahren der Regierung Zulfikar Ali Bhuttos ab - wird gar befürchtet, Nawaz könnte zu einem Zivildiktator werden. Zu derlei Besorgnissen trägt bei, daß er alle Vorbereitungen getroffen hat, die Verfassung durchgreifend mit dem Ziel zu ändern, die Kompetenzen des Regierungschefs noch weiter zu stärken (näheres hierzu im Meldungsteil zu Pakistan in dieser Ausgabe).

Die Frage ist, ob der Premiermini-

ster die Fülle seiner Macht ebenso sparsam wie zielgerichtet nutzen wird, um die grundlegenden sozialen und wirtschaftlichen Reformen in Gang zu setzen, die das Land dringend braucht. Weit und breit ist kein Gegner zu sehen, der ihn davon abhalten könnte, auch unpopuläre Maßnahmen zu treffen. An seine Stärke knüpfen sich entsprechend erhöhte Erwartungen. Aber verfügt er hierfür über genug Weitsicht und Augenmaß? Das erste Regierungsjahr hat jedenfalls Zweifel daran aufkommen lassen. Während die öffentliche Meinung in den ersten Wochen seiner Regierung geradezu euphorisch war, ist die Stimmung heute so gedrückt wie der Aktienindex der Börse von Ka-

rachi. Man fühlt sich an seine erste Regierungszeit von 1990 bis 1993 erinnert, an deren Ende das Wirtschaftswachstum auf drei Prozent zurückfiel.

Politische Macht und wirtschaftliche Schwäche

Nawaz Sharifs Achillesferse ist die Wirtschafts- und Finanzpolitik. Wenn es ihm nicht gelingt, die Wirtschaft aus der langanhaltenden Stagnation - in Pakistan spricht man gar von Rezession - herauszuführen und die erdrückende Schuldenkrise zu überwinden, wird die wachsende Unzufriedenheit die Volksmassen der Opposition in die Arme treiben und ihn auch den Rückhalt bei In-



Nach einem Jahr hat Nawaz Sharif noch mehr Macht - dennoch ist er ein angeschlagener Mann (Foto: M. Khursheed)

dustrie und Handel kosten, deren Interessen er bisher vor allem fördert.

Viele trauten gerade dem Industriellen von Lahore besondere Wirtschaftskompetenz zu. Daß er für eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik steht, war Unternehmern und Händlern gerade recht. Doch sein Zauber hat bisher wenig Wirkung gezeigt. Trotz mehrerer Wirtschaftsförderungspakete ist der Wirtschaftsmotor noch nicht wieder angesprungen und in tausenden Unternehmen stehen die Räder still. Auch die erhofften Auslandsinvestitionen sind ausgeblieben, die Privatisierung staatlicher Unternehmen kommt nicht weiter und die geplanten grundlegenden Reformen des Finanz- und Bankensektors lassen weiter auf sich warten.

Tiger und Bettelschale

Es sieht also nicht danach aus, daß aus Pakistan schon bald ein asiatischer Tiger wird, wie Nawaz Sharif versprochen hat. Auch die Bettelschale wollte Nawaz zerbrechen. Doch ganz im Gegenteil sind die Schulden noch angewachsen und das Land ist heute stärker als je zuvor auf Auslandskredite angewiesen. Zurückgehende Staatseinnahmen und die stetig vermehrte Schuldenlast haben zu einer bedrohlichen Situation geführt, so daß Pakistan vielleicht schon sehr bald um Umschuldung bitten muß. Einige Wirtschaftsfachleute halten eine solche Maßnahme sogar für unausweichlich.

Trotzdem gibt sich die Regierung ungebrochen optimistisch, obwohl unbequemer Besuch eingetroffen ist: Denn in diesen Tagen hält sich eine Delegation des IWF in Pakistan auf, um festzustellen, ob die Regierung die Konditionalitäten der im vergangenen Oktober ausgehandelten ESAF/EFF Finanzhilfe (ESAF = Erweiterte Strukturanzpassungsfazilität; Anm. d. Red.) über 1,6 Milliarden Dollar eingehalten hat. Davon hängt die für März vorgesehene Auszahlung der zweiten Kreditrate in Höhe von 208 Millionen Dollar ab. Dies ist zwar auch für Pakistan nicht besonders viel Geld. Doch eine Verweigerung der Rate wäre ein böses Signal für die Gläubiger und würde sofort ernsthafte Konsequenzen nach sich ziehen. Deshalb ist das Urteil der IWF-Experten von kritischer Bedeutung. Aber wie soll es positiv ausfallen, wenn bisher fast keine der im vergangenen Herbst mit dem

IWF vereinbarten Leistungen erbracht wurde: Das Wachstum des Bruttosozialprodukts blieb ebenso hinter den Zielen zurück wie die Verringerung des Haushaltsdefizits, genauso wenig gelangen die Verbreiterung der Steuerbasis und die Erhöhung der Steuereinnahmen. Die Steuer auf landwirtschaftliche Einkommen brachte nicht mehr als ein Zehntel der erwarteten Einnahmen und die Umsatzsteuer, die auf der Ebene des Einzelhandels erhoben werden sollte, wird von den Händlern bis heute boykottiert. Ein weiterer schwacher Punkt ist, daß Banken und andere Finanzinstitutionen nicht reformiert wurden, obwohl die Weltbank eigens dafür einen Kredit in Höhe von 250 Millionen Dollar zur Verfügung stellte. Dies hat auch weitere Privatisierungen auf diesem Sektor verzögert. Die Staatsbanken sind nicht profitabel, weil es nicht gelang, faule, aber einflußreiche Schuldner zur Rückzahlung von Darlehen in Milliardenhöhe zu bewegen - ein arges Beispiel von Vetterwirtschaft.

Sorge bereitet, daß die Staatsbanken und großen Staatsunternehmen gegenseitig derart verschuldet sind, daß sie jederzeit wie Dominosteine zusammenbrechen können. Gefährdet sind die State Bank of Pakistan, das große staats-eigene Stahlwerk in Karachi, die Gasgesellschaft SUI, das Wasser- und Stromversorgungsunternehmen WAPDA, das Elektrizitätsunternehmen KESC in Karachi, die Luftfahrtgesellschaft PIA und viele andere. Die Kreditfähigkeit dieser Unternehmen ist erschöpft und allen droht die Zahlungsunfähigkeit. Dabei muß man sich erinnern, daß auch der Staat seit Jahrzehnten vom Schuldenmachen lebt. Heute reichen die Staatseinnahmen nicht einmal mehr dafür aus, die beiden Haushaltsposten Schuldendienst und Verteidigungsausgaben zu decken. Die Finanzierung der laufenden Ausgaben für Regierung und Verwaltung sowie der Ausgaben für Entwicklung, Erziehung, Gesundheit und Infrastruktur geht ganz auf Pump.

Schließlich ist es bisher nicht gelungen, dem Ziel eines schlanke- ren Staats näherzukommen ("downsizing" oder euphemistisch "rightsizing"). Es sieht nicht so aus, als ob sich die öffentlichen Arbeitgeber von einem Teil der viel zu vielen Beschäftigten trennen könnten. Die von wachsender Arbeitslosigkeit ausgehenden Gefahren und politischen Unwägbarkeiten sind so

groß, daß die Regierung es bislang nicht wagt, in größerem Umfang Arbeitskräfte zu entlassen. Nur im Bankensektor, wo man Geld für Abfindungen bereitgestellt hat, ist dies teilweise gelungen.

Als positiv wird eine erhebliche Verringerung des Leistungsbilanzdefizits angeführt, doch beruht sie darauf, daß die Importe wegen des mangelnden Wachstums zurückgingen und eine große Zahl von Pakistanern, die bisher in den Golfstaaten arbeiteten, in ihre Heimat zurückkehren mußten. Sie haben ihre Ersparnisse mitgebracht und auf Dollarkonten der pakistanischen Banken deponiert.

Ausblick

Man darf gespannt sein, zu welchem Ergebnis die Fachleute des IWF kommen, und ob sie dem Exekutivrat die Auszahlung der zweiten Darlehensrate trotz aller Bedenken empfehlen. Bei der Entscheidung wird schwer wiegen, daß man ein so großes Land wie Pakistan nicht einfach fallen lassen kann. Jedenfalls wird sich der Druck auf die Regierung verstärken, Sofortmaßnahmen durchzuführen, wie zum Beispiel ein Haushaltssicherungs-gesetz zu erlassen, vielleicht sogar eine Art Finanznotstand auszurufen. Erstes Ziel muß sein, die Einnahmen aus Steuern und Zöllen zu erhöhen und gleichzeitig die Ausgaben auf ein Minimum zu beschränken, um die wichtigste Vorgabe des IWF, das Haushaltsdefizit auf maximal fünf Prozent des Bruttoinlandprodukts zu senken, doch noch zu erreichen. Dazu ist es notwendig, mit ganz anderer Energie als bisher die notwendigen Reformen anzugehen. Das ist keinesfalls populär, aber die politischen Voraussetzungen für unterschiedenes Vorgehen sind gegeben - wenn der Regierungschef nur den Mut und die Entscheidungskraft aufbringt, das Unerläßliche zu tun.

(Der Autor war Botschafter der Bundesrepublik in Pakistan).